

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten - Kreisverband Aachen

info-ac@vvn-bda.de

Ansprache vor der Montagsdemo am 20.9.04 in Aachen

Meine Aufgabe ist es, auf vermutete und tatsächliche Zusammenhänge zwischen den Massenprotesten gegen die Umverteilungspolitik unter den Stichworten Agenda 2010 und Hartz 4 einerseits und dem Auftreten bzw. dem Erstarken neofaschistischer Kräfte andererseits einzugehen.

Zunächst ein Wort zu den gestrigen Landtagswahlen. Entsetzen allerorten über die Erfolge von NPD und DVU. Anders als die von der Regierung ausgehaltenen Professoren, zuletzt der sich „Extremismusforscher“ nennende Eckehard Jesse, meinen, besteht der das Unglück des Nazierfolgs nicht in der Wirkung, die diese Wahlen aufs Ausland und die Investitionsfreudigkeit ausländischer Konzerne haben.

Der gestrige Wahltag war ein Verlust an politischer Kultur für die Mehrheit der hier lebenden Menschen, eine weitere Rechtsverschiebung des politischen Spektrums, ein Verlust an persönlicher Sicherheit für Menschen, die anders aussehen, anders denken oder einen anderen Pass als die Nazis haben.

Wir haben es sehr wohl vernommen, wie die Gefahr von Naziwahlerfolgen heruntergespielt wurde. Nazis seien zwar eine Gefahr, aber eben für den Export. Wenn sie erst im Parlament säßen, würden sie sich als inkompetent erweisen und als „in sich zerstritten.“ Wie gern haben wir selbst uns damit beruhigt, dass in den letzten Jahren Wahlerfolge der Neonazis selten waren. Warnungen von Antifaschisten vor dem mit 15 % angegebenen WählerInnenpotential wurden als „Alarmismus“ abgetan. Diese 15 % haben ein fest gefügtes rechtsextremes Weltbild und sind keineswegs „Protestwähler“. Dieser Begriff für Nazi Wähler ist vielmehr eine Verharmlosung und Selbsttäuschung.

Wie wenig haben die Menschen aus der Geschichte gelernt? Die NSDAP war 13 Jahre lang ein völlig zerstrittener Haufen, in ihrer Mehrheit eine Ansammlung von Inkompetenz und alkoholisierte Dummheit. Sie hatte marginale Wahlergebnisse, bis sie in wenigen Jahren zur stärksten Partei entwickelt wurde, gefördert von den wirtschaftlichen und einem Teil der so genannten „geistigen und politischen Eliten“. *Entscheidend für den Sprung an die Spitze des Staates 1933 war weniger, was die Nazis taten, sondern was die anderen unterließen.* Ohne die Verharmlosung, Umarmungsstrategien und Toleranz gegenüber dem Faschismus wären die größten Verbrechen der Geschichte nicht möglich gewesen-

Nach 1945 kann niemand mehr sagen, Faschismus sei eine von vielen politischen Strömungen in Deutschland. Nach Auschwitz wissen wir: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Wenn jetzt mit dem Finger auf den Osten gezeigt wird, dann erinnern wir uns doch mal an die Zeit als hier im „Freien Westen“ die NPD in 7 Landtagen und hunderten Stadträten vertreten war. Sie konnte erst 1969 kurz vor dem Sprung in den Bundestag an weiteren Wahlerfolgen gehindert werden. Ich erinnere deshalb daran, weil wir daraus lernen können, wie der Nazigefahr am Besten begegnet werden kann.

Gegen die NPD entwickelte sich damals ein wachsendes breites antifaschistisches Bündnis, das getragen war von einer emanzipatorischen Studentenbewegung und der sich zunächst im Kampf gegen die Notstandsgesetze, dann auch im Kampf gegen die NPD engagierenden Gewerkschaftsbewegung. Im Ergebnis entstand eine politische Bewegung, die eine andere Regierung unter Ausschluss der CDU/CSU erzwang und eine andere inhaltliche Ausrichtung der Politik. Statt formierter Gesellschaft der CDU, statt „Law and Order“ Parolen der NPD ein „Mehr Demokratie wagen“. Statt Konfrontation mit den Nachbarn: Ausgleich und Koexistenz. Es waren sicher viele Illusionen mit im Spiel. Die damals beteiligten Sozialdemokraten und studentischen Straßenkämpfer erkennt man heute nicht mehr wieder. Aber in dem politischen Klima, das durch gemeinsame außerparlamentarische Kämpfe geprägt wurde, konnten Debatten um grundsätzliche Veränderungen der Gesellschaft geführt werden, die NPD musste verstummen.

Daraus können wir für heute lernen, dass wer ein Gefühl der Scham über die Nazierfolge sich bewahrt hat, wer etwas gegen das weitere Erstarken der Nazis tun will, eine den Nazis entgegen gesetzte Politik fordern und fördern muss: Dem Kriegskurs der Nazis die Abrüstung und den Verzicht auf den Einsatz militärischer Mittel entgegensetzen. Dem Sozialdarwinismus der Nazis die Solidarität der Menschen entgegensetzen. Dem

Nationalismus der Nazis die internationale Solidarität entgegensetzen, der Volksgemeinschaft der Nazis die gelebte Demokratie in der ganzen Gesellschaft, also auch in den Betrieben, entgegensetzen.

Vieles von dem geschieht hier, auf unseren Montagsdemonstrationen. Ich verstehe sie als einen Beitrag zur Emanzipation, einen Beitrag zur Solidarität, als Abwehr der Wolfsgesellschaft. Daraus ergibt sich folgerichtig, dass Neonazis auf den Montagsdemonstrationen nichts verloren haben.

Womit wir beim eigentlichen Thema wären. „Gegen System und Kapital- unser Kampf ist national“ mit solchen und ähnlichen Transparenten beteiligten sich Neonazis der NPD und so genannter „Kameradschaften“ in einigen Städten an den Montagsdemonstrationen. In vielen Orten wurden sie sofort abgewiesen. In manchen Orten reagierten die Demonstrationsleitungen unsicher, ließen die Nazis zu und unterließen es, sich von ihnen zu distanzieren. Der Verfassungsschutz und die Medien, vor allem die Regierenden warnten jetzt vor denselben Nazis, die sie vorher verharmlost hatten. Sie meinten aber die Montagsdemonstrationen, denen jetzt ein Makel anhaftete. Keinesfalls war das ein Einzelfall, denn nach der Landtagswahl im Saarland wurden die Anti- Hartz Proteste und sogar Oskar Lafontaine öffentlich für die 4% der NPD verantwortlich gemacht. Unverfroren werden NPD und PDS Stimmen bei den Landtagswahlen zusammengezählt als „Proteststimmen“.

Bevor ich auf die Probleme eingehe, die *wir* mit den Neonazis haben, müssen aber die Dimensionen zurechtgerückt werden. Wir weisen mit Entschiedenheit den Versuch zurück, Proteste gegen die Umverteilungspolitik der Regierung in die rechte Ecke zu drängen. Neofaschismus ist, wie die Wahlen gestern zeigten, ein gesellschaftliches Problem. Die absolute Mehrheit aller Anti-Hartz-Demonstrationen ist unter bewusstem Ausschluss von Neonazis und als ein Beitrag zur Emanzipation der Menschen organisiert worden. Wer das marginale Auftreten von Neonazis zum Anlass nimmt, soziale Proteste zu diffamieren, will etwas ganz anderes als Nazis abwehren. Wer eine Politik im Interesse einer Minderheit von Millionären macht, sollte still sein, wenn eine Mehrheit sich dagegen wehrt.

Trotzdem wollen wir die Versuche der Nazis, sich die Proteste der Montagsdemonstrationen ans Revers zu heften, genauer betrachten. Die NPD tritt mit markigen Worten auf und verspricht das Blaue vom Himmel. „Für unsere Kinder: Hartz kippen“ lautet die Überschrift eines Faltblattes. Dort heißt es vollmundig: „Wir garantieren, dass es in Deutschland binnen zwei Jahren nicht einen Deutschen mehr gibt, der arbeitslos ist, wenn in unserem Land endlich wieder Politik für das eigene Volk gemacht wird.“ Die Vorschläge aller Naziparteien, DVU und REPS seien hier ergänzend genannt, erschöpfen sich darin, den Ausländern die Schuld an Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Globalisierung zu geben. So fordert die NPD die „Abschiebung von Ausländern, die länger als drei Monate arbeitslos sind“. „Einführung einer Sondersteuer für Unternehmer, die Ausländer beschäftigen“ usw. Die DVU will- das konnte man erwarten- bei den „Wiedergutmachungsleistungen für NS-Unrecht“ sowie bei der „Ausländerintegration“ sparen.

Selbst vor Sozialismusparolen schreckt die NPD in Erinnerung an die NSDAP nicht zurück. Im Programm der NSDAP von 1920 stand „Wir fordern, dass sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen.“ Und weiter: „Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen aus dem Reiche auszuweisen.“ Der Bezug der NPD auf die verbrecherische Organisation der NSDAP wird immer deutlicher. Jeder Arbeitslose, der gestern NPD gewählt hat, sollte wissen, dass die Nazis, als sie an der Macht waren, ein Gesetz beschlossen haben, dass jeder Arbeitslose, der zweimal eine angebotene Arbeit „ohne berechtigten Grund“ ablehnte, in Haft zu nehmen sei. Viele der so genannten „Arbeitsscheuen“ landeten in den Konzentrationslagern der Nazis. Im Erlass des Chefs der deutschen Polizei Heinrich Himmler von 1938 „Schutzhaft gegen Arbeitsscheue“ wird kein Schlupfloch gelassen. Es sollten auch die erfasst werden, die „nach Bekanntwerden der vorgesehenen Maßnahmen sofort Arbeitswilligkeit vortäuschen...ist deshalb ein einmaliger umfassender und überraschender Zugriff erforderlich.“ Dieser NSDAP wird die NPD immer ähnlicher und sie will es auch so.

18 % der Arbeitslosen haben in Sachsen NPD gewählt. Hier stimmt der Spruch: Die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber.“

Im Gegensatz zu ihrer Sozialismus- Demagogie halten die Neonazis immer noch an der Marktwirtschaft fest. Die NPD fordert „Schutz der deutschen Industrie durch ein Freihandelsverbot für Nationalmarktweige, in denen Deutschland nicht weltführend ist“. Und umgekehrt Freihandel für alle Produkte, bei denen Deutschland weltführend ist. Natürlich kann die NPD nicht erklären, mit wem sie auf dieser Basis Welthandel betreiben will. Mit irgendeiner Art von bekanntem Sozialismus hat das natürlich erst recht nichts zu tun.

Die REPS und die DVU setzen stark auf Volksgemeinschaftsparolen. Die Antwort der REPs auf die Krise heißt z.B. „Nationale Solidarität. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen begreifen, dass sie im selben Boot sitzen“ Da feiert also der Herr Erhard aus den 50er Jahren seine Wiedergeburt.

Zusammenfassend kann zur Wirtschaftsprogrammatik der Neonazis gesagt werden, dass sie auf dem Boden der Privatwirtschaft stehen. Sowohl das Privateigentum an Produktionsmitteln als auch die Verwendung der Gewinne und das Funktionieren des Marktes werden nicht in Frage gestellt. Nazis wollen nichts anderes als der alles gesellschaftliche Leben durchdringende Neoliberalismus. Ihre Konzepte können nur durch eine weitere Entdemokratisierung der Gesellschaft und durch Krieg durchgesetzt werden.

Sie versuchen dabei den Spagat, einerseits für das deutsche Kapital als eine Reserve zu fungieren für den Fall, dass die Umverteilungspolitik die Basis des Parlamentarismus zerstört. Die wachsende Zahl von Nicht-Wählenden ist dafür ein alarmierendes Zeichen. Andererseits versuchen die Nazis an den Interessen der Massen anzuknüpfen und sich als eine Opposition gegen das System darzustellen. Daher ihre Demagogie.

Die Wirtschaftsprogramme der Nazis sind nach sehr einfachen Mustern gestrickt, ein Grund warum sie durchaus wirksam sind. Es wird das Bild des darbedenden Deutschen dargestellt, dem der in Saus und Braus lebende Flüchtling oder Ausländer entgegengehalten wird. Wie es ironisch in einem Song von Farin Urlaub von den Ärzten heißt“ Es gibt zuviel Ausland auf der Welt und die wollen eh nur unser Geld“.

Weil die Nazis rassistisch sind, weil sie undemokratisch sind, weil sie Instrumente der Herrschenden und nicht Sprachrohr der Ausgebeuteten sind, weil sie in der Vergangenheit schon einmal Europa in Schutt und Asche legten, aus diesen und vielen anderen Gründen haben Nazis auf den Montagsdemonstrationen nichts, aber auch gar nichts verloren.

Wir haben uns in Aachen in dieser Frage nichts vorzuwerfen. Die Demonstrationsleitung hat von Anfang an vorbildlich gehandelt und klar gemacht, dass Nazis hier keinen Platz haben und dass es keine Toleranz gegenüber dem Faschismus gibt. Aber schon in Mönchengladbach ist das anders. Dort ist es nur ein kleiner Teil der Demonstration, der sich gegen das Mitlaufen der Nazis wehrt.

Ich will es mir und uns aber nicht so einfach machen und ausschließlich auf andere zeigen. Als unsere Freunde aus den Neuen Ländern hier sprachen, was eine Selbstverständlichkeit ist, brachten sie auch eine bislang hier unbekannte Stimmung in die Demonstration. Sie riefen „Wir sind das Volk“ und später noch „Wir sind ein Volk“ und ich erinnere mich der Schauer, die mir dabei über den Rücken liefen. Selbstverständlich unterstelle ich den Freunden aus den neuen Ländern kein Verständnis von „Volk“ wie es die Nazis haben. „Volk“ als von Blut und Boden bestimmt, das hat niemand gemeint. Auch nicht die, die diese Rufe erwiderten. Trotzdem habe ich immer wieder dagegen gerufen „Ich nicht“. Ich bin nicht „das Volk“, erst recht nicht „ein Volk“ und will es nicht sein. Warum? Der Begriff ist so ungenau und so unterschiedlich interpretiert, dass er mir gar nicht hilft, meinen eigenen Standpunkt zu bestimmen. Nehmen wir die Definition des Staatsvolks: Ein türkischer Freund, der hier auf unseren Demonstrationen mitgeht, lebt seit über 20 Jahren in der BRD. Er möchte aber keinen deutschen Pass haben, sondern seinen türkischen behalten. Dagegen der griechische Freund, der auch immer mitgeht, hat nach 40 Jahren BRD nunmehr einen deutschen Pass. Wer von beiden ist nun gemeint mit „das Volk“ und wer wird ausgeschlossen aus dieser Definition. Mich verbindet mit beiden, dass wir das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht für das letzte Wort der Geschichte halten und dass wir gemeinsam um einen Weg zu einer Gesellschaft mit sozialistischen Grundlagen streiten. Das verbindet mich auch eher mit der streikenden portugiesischen Arbeiterin, die in Lissabon demonstriert und mit dem peruanischen Landarbeiter, der für seine Existenzgrundlage gegen ungleichen Welthandel streitet. Das trennt mich von Herrn Ackermann und Herrn Esser und den anderen Vorstandsmitgliedern deutscher Aktiengesellschaften. Es sind die unterschiedlichen sozialen Interessen und der politische Wille, die verbinden oder trennen, nicht der Pass oder die Hautfarbe.

Auch die Unterscheidung von unten und oben in der Gesellschaft beantwortet nicht die Frage, was nun mit Volk gemeint ist. Lafontaine ist ein Privilegierter, er verdient als Ruheständler das 10 fache von dem, was ich zur Verfügung habe. Ich kritisiere seine Positionen, fühle mich ihm aber doch mehr verbunden als den 18 % Arbeitslosen, die deutsch und unten sind und NPD gewählt haben. Mit denen möchte ich nicht „ein Volk“ sein.

Bleibt der Einwand, dass wir in Deutschland die gleiche Sprache sprechen und gleiche kulturelle Grundlagen haben. Aber auch da werde ich immer sicherer, dass die Unterschiede die Gemeinsamkeiten überwiegen. In zentralen Fragen gibt es eine Entfremdung der Sprache, die mir unüberwindbar scheint. Wenn Joschka Fischer vom Frieden spricht, fange ich an, die Toten zu zählen, wenn Ulla Schmidt von Reform redet, halte ich erstmal

meine Geldbörse fest und wenn ein Unternehmen „an die Börse geht“ weiß ich, dass erneut hunderte Arbeitsplätze verloren gingen. Es handelt sich hier keinesfalls um „Missverständnisse“. Wir meinen etwas diametral Entgegengesetztes, wenn wir die gleichen deutschen Begriffe benutzen.

Der Begriff „Volk“ taugt nichts. Er taugt auch in Bezug auf die neuen Länder nichts. Es reicht einfach nicht, dass es gut gemeint war, denn ich habe nicht vergessen, dass mit der Parole „Wir sind ein Volk- wir sind das Volk“ der Ausschluss von Migranten einherging. Am Ende dieses Ausschließens stand Rostock Lichtenhagen. Nein, ich bin nicht mal Bevölkerung, ich bin ein Teil der Gesellschaft auf dem Gebiet der BRD und zwar ihr linker Teil oder wer unbedingt eine Schublade braucht, ihr linksradikaler Teil. Damit kann ich gut leben, auch wenn mir bewusst ist, dass das eine Minderheitenmeinung ist.

Nach den Landtagswahlen ist vor den Kommunalwahlen. In Aachen sind wir zufrieden damit, dass es keine offen neofaschistische Partei geschafft hat, sich zur Wahl zu stellen. Wir alle zusammen haben ihnen in der Vergangenheit den Boden dafür entzogen. Ich schließe hier nicht nur mit einem Appell an Eure anhaltende Wachsamkeit. Ich erbitte von Euch Solidarität für die Nachbarorte, die von Nazikandidaturen geschlagen sind. Sie liegen nicht in den Neuen Ländern, sondern sind ca. 10 km von uns entfernt.

In Alsdorf kandidieren die REP's und haben als Wahlziel 15 % der Stimmen angegeben. In Stolberg sieht es noch schlimmer aus, denn hier kandidieren zwei offen antisemitische Parteien, die DVU und die NPD gegeneinander. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass sie sich die Stimmen wegnehmen. Stolberg ist ein sehr schwieriges Pflaster. Es gibt das Potential, dass beide Naziparteien einziehen und auch hier ist wieder nicht entscheidend, was die Nazis tun, sondern was wir und die demokratischen Parteien tun bzw. unterlassen. Stolberg zieht den Kopf ein und will erst wieder aufschauen, wenn die Nazis im Rat sitzen. So lässt sich das politische Klima in Stolberg umschreiben. Es gibt nur sehr wenige aktive AntifaschistInnen vor Ort, die in jahrelangen Kämpfen ohnmächtig scheinen und ausgebrannt sind. Wir haben Stolberg mit einer Plakataktion überzogen und 150 Plakate aufgehängt mit der Überschrift „Keine Nazis in den Stadtrat“. Das gleiche habe wir in Alsdorf gemacht Wir haben ein sehr erfolgreiches antifaschistisches Jugendkonzert in Stolberg durchgeführt und wir wollen angesichts der Propagandalawine, die jetzt in den letzten Tagen vor der Wahl von den Nazis losgetreten wird, mit einer Demonstration noch einmal dagegen halten. Wir bitten Euch: Freut Euch darüber, dass wir in Aachen das Problem mit Nazis in dieser Form nicht haben, aber übt Solidarität mit den Stolberger Antifas. Kommt am Mittwoch um 18.00 Uhr zum Kaiserplatz in Stolberg und mobilisiert Freunde und Anhänger. Der Zug ab Aachen fährt um 17.32 ab Aachen HbF.

Kurt Heiler